

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 13. Mai 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 388 Postulat Schnider Hella und Mit. über die Forderung nach einer Unterbrechung und damit verbundenen Evaluation des Stationierungskonzeptes aus B 131 (Planungsbericht Lupol 2022) sowie nach einer Einleitung allfälliger Unterstützungsmaßnahmen und Fristverlängerungen bei der Umsetzung / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Hella Schnider beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Hella Schnider: Anlässlich der Debatte in unserem Rat über die Botschaft B 131, dem Planungsbericht Lupol 2022, aber auch in der Diskussion mit verschiedenen Anspruchsgruppen vor und während der Lancierung des Planungsberichtes wurde klar darauf verwiesen, dass die gemachten Aussagen zur Verknüpfung von Postenschliessungen und der Erhöhung der Patrouillendichten eingehalten werden müssen. Sowohl die Bemerkung von Carlo Piani zur nachweisbaren Erhöhung der Patrouillendichte sowie der nachweisbaren Umsetzung des Community Policing wurde mit 92 zu 12 Stimmen überwiesen. Verschiedene Anhaltspunkte zeigen, dass den gemachten Zusagen und Aufträgen des Kantonsrates nur sehr eingeschränkt Rechnung getragen wird. Einerseits wird in den Antworten auf meine Anfrage A 223 vom zuständigen Departement aufgezeigt, dass mit den nötigen personellen Ressourcen zur angemessenen Umsetzung des Stationierungskonzeptes erst 2032 gerechnet werden kann, mit der Konsolidierung aller Regionen aber vorher. Dass in der Stellungnahme nun die Aussage bestätigt wird, die Bestandserhöhung sei auf Kurs, mag in der kurzfristigen Betrachtung zutreffen. Im Zusammenhang mit den für die Umsetzung des Stationierungskonzeptes benötigten personellen Ressourcen stimmen die Aussagen aber nicht überein. Die Stellenbesetzung 2024 ist zwar auf Kurs, aber es braucht in verschiedensten Abteilungen zusätzliche personelle Ressourcen, um die anfallende Arbeitslast bewältigen zu können, so dass die Zugänge sofort absorbiert sind. Hier widerspricht sich das Department in seinen Aussagen. Weiter stimmt der vorgegebene Zeithorizont nicht überein. Die von der Regierung erarbeitete Immobilienstrategie, die der Umsetzung des Stationierungskonzeptes zugrunde liegt, generiert bei einem Marschhalt zusätzliche Kosten. Das akzeptiere ich und die daraus entstehenden Kosten und Kollateralschäden sind nicht wünschenswert. Genau vor dieser Schaffung von Tatsachen und der Verknüpfung habe ich bereits in der letzten Session gewarnt. Wie man nun sieht zu Recht. Die fehlenden personellen Ressourcen für die kommenden Jahre im ganzen Kanton und die Ausblendung der überwiesenen Bemerkungen bleiben aber Tatsache. Daher fordere ich folgende unterstützende Massnahmen: Erstens: Überprüfung von Anreizen im Arbeitsprozess der Polizei, wie zum Beispiel Zulagen, um die

Fluktuation im Korps einzudämmen. Zweitens: Konkrete Massnahmen und Vorschläge zur Beschleunigung und weiteren Erhöhung der personellen Ressourcen, allenfalls auch mit einer Mittelerhöhung. Drittens: Regelmässige halbjährliche Berichte in der Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) in Bezug auf Rekrutierung und Entwicklung beim Personal, Umsetzungsgrad der geplanten Massnahmen zur Erreichung der Patrouillendichte in allen Regionen in Bezug auf die Umsetzung des Stationierungskonzeptes sowie die Einsatzfähigkeit des Community Policing in eben diesen Regionen. Viertens: Einen direkten Einbezug der Basis, also der Polizistinnen und Polizisten vor Ort. Jetzt ist der Zeitpunkt, die Ausführung der Umsetzung des Stationierungskonzeptes kritisch zu hinterfragen und allenfalls zu optimieren. Dies im Hinblick auf die Bedürfnisse unserer Bevölkerung, aber auch unserer Polizistinnen und Polizisten. Daher bin ich mit dem Antrag der Regierung auf Ablehnung wegen Erfüllung nicht einverstanden und beantrage die teilweise Erheblicherklärung meines Postulates, um sich auf die Prüfungsmassnahmen konzentrieren zu können.

Sofia Galbraith: Die Luzerner Polizei befindet sich mit dem Projekt Organisationsentwicklung 2030 (oe2030) in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der in enger Abstimmung mit politischen Instanzen, der Polizeiführung und den Gemeinden angestossen wurde. Ziel ist es, die Polizei strategisch und organisatorisch auf die zukünftigen Herausforderungen eines wachsenden, komplexeren Kantons vorzubereiten. Transformationsprozesse dieser Tiefe benötigen erfahrungsgemäss mindestens vier bis fünf Jahre, bis sich strukturelle Änderungen sichtbar, messbar und nachhaltig auswirken. Insbesondere im Personalwesen, in der Ausbildung, bei Führungsstrukturen und der Präsenz im öffentlichen Raum. Ein vorzeitiger Richtungswechsel oder eine politisch motivierte Kurskorrektur, wie es die Postulantin ursprünglich verlangte, kann mittelfristig zu Instabilität führen und Ressourcen binden, die besser in die Umsetzung investiert würden. Ein zentraler Pfeiler der Polizeiarbeit bleibt dabei Community Policing, also die vernetzte, sichtbare und zugängliche Polizeipräsenz in allen Regionen des Kantons. Die Bündelung von Ressourcen darf keinesfalls dazu führen, dass das Vertrauen der Bevölkerung verloren geht. Vielmehr sollen Synergien und die Digitalisierung dazu dienen, mehr Zeit und Präsenz im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Genau das ist das erklärte Ziel der oe2030. Die mit der teilweise Erheblicherklärung geforderten regelmässigen Berichterstattungen über den Fortschritt der Konsolidierung, der Entwicklung der Patrouillendichte sowie Massnahmen zur Stabilisierung der Personalsituation sind in diesem Kontext berechtigt, werden aber heute schon der JSK vorgelegt. Diese Informationen sollten effizient standardisiert zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig bekräftigen wir den Mehrwert gewisser Punkte im Postulat, explizit im Bereich Monitoring und Kommunikation. Die SP-Fraktion befürwortet eine Beschleunigung der Aufstockung der Polizeiressourcen zu prüfen sehr. Wir haben uns seit jeher für mehr Personal eingesetzt und bieten auch gerne Hand dazu. Diese Pflöcke können wir aber nicht mit der teilweisen Erheblicherklärung einschlagen, das ist uns zu unverbindlich. Der Punkt der Ressourcenaufstockung ist im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu diskutieren, dort ist der Ort für konkrete Taten. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Mario Bucher: Unser Rat hat erst beschlossen, die oe2030 zu unterstützen. Ein wichtiger Bestandteil davon ist das Stationierungskonzept. Führende Forscher haben herausgefunden, dass Verbrechen sehr selten auf einem Polizeiposten gelöst werden, sondern das alles findet draussen im alltäglichen Leben statt. Die Welt erlebt einen ungebremsten Wandel an Digitalisierung. Vieles, was früher als selbstverständliche Dienstleistungen galt, wird heute von uns selbst mit dem Mobiltelefon erledigt. Auch die Luzerner Polizei bleibt nicht stehen und entwickelt sich mit der Gesellschaft mit. Das Stationierungskonzept der Luzerner Polizei hat natürlich wie alles nicht nur Vorteile, sondern es steht und fällt mit der Rekrutierung von

neuen Polizeianwärtern für unseren Kanton. Damit wir attraktiv bleiben und attraktiver werden, um unsere kantonalen Pläne und Ziele zu erreichen, wäre es förderlicher, die Polizei zu unterstützen und nicht ständig öffentlich zu kritisieren. Die Luzerner Polizei arbeitet ihren Ressourcen entsprechend hervorragend. Es kann bei jedem Sanitäts-, Feuerwehr- oder Polizeieinsatz zu Komplikationen oder Ungereimtheiten kommen. Deswegen aber ein ganzes Konzept auf den Kopf zu stellen, das sich erst in der Anfangsphase befindet, sehen wir nicht als förderlich. Wie auch schon einmal und immer wieder erwähnt: Wenn wir uns zusehends nicht mehr sicher fühlen, müssen wir nicht mit der Polizei härter ins Gericht gehen, sondern uns mit der Zuwanderung befassen. Was wir ja heute mit der Motion M 283 von Luca Boog schon getan und der Polizei Arbeit abgenommen haben, weil wir unter Umständen besser wissen, wo sich die kriminellen Energien befinden. Die SVP steht weiterhin hinter dem Stationierungskonzept. Wir brauchen keine Schönwetterpolizisten oder «Sesselfurzer», deren bester Freund die Kaffeemaschine in einer überteuerten Immobilie ist. Wir brauchen Menschen, die im Alltag auf der Strasse präsent sind und anstatt das Stationierungskonzept zu bekämpfen, sollte man die Rekrutierung verstärken. Das macht die Regierung schon sehr gut und wir wollen sie dabei weiterhin unterstützen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ursula Berset: Ich spreche heute zum zweiten Mal direkt nach Mario Bucher. Mit dem Beginn seines Votums bin ich zu 100 Prozent einverstanden. Aber ab dann, als sein Votum polemisch wurde, gehen unsere Meinungen auseinander. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Aus unserer Sicht gehört es zu einem OE-Prozess, dass die beschlossenen Massnahmen laufend auf ihre Wirksamkeit und Tauglichkeit überprüft werden. Justierungen gehören dazu und die werden von der Luzerner Polizei auch vorgenommen. Der Polizeikommandant hat die Möglichkeit ergriffen und der JSK im Detail Bericht erstattet über die Umsetzung und auch die im Postulat aufgeführten Fragen. Der Auftrag an die Polizei ist erteilt, nun geht es um die operative Umsetzung. Es ist nicht dienlich, wenn wir uns einmischen und das Ganze von aussen stoppen wollen. Um die von der Postulantin geforderte Berichterstattung und Massnahmen zur Stabilisierung zu erreichen, braucht es dieses Postulat aus unserer Sicht nicht. In Bezug auf die Stationierung sind wir gleicher Meinung wie die SVP. Es geht darum, dass die Polizei möglichst schnell vor Ort ist, wenn es sie braucht. Ein Büro oder ein Schalter allein garantiert keine gute Versorgung. So wie es sich übrigens auch mit der Gesundheitsversorgung verhält. Es ist wichtig, dass der Krankenwagen schnell bei der Patientin ist. Ob der Krankenwagen anschliessend 15 Minuten länger zum Spital unterwegs ist, ist nicht von grosser Bedeutung.

Rahel Estermann: Die Regierung legt ausführlich dar, was sie schon alles getan hat, was erreicht wurde und wo man noch nicht am Ziel ist mit der oe2030. Das ist ein grosses Projekt, das Zeit braucht. Es geht vorwärts, das ist gut sichtbar. Es geht noch nicht schnell genug, um schon überall am Ziel zu sein. In der letzten JSK-Sitzung erhielten wir eine sehr ausführliche Berichterstattung bis hin zur Anzahl Minuten und Sekunden der Einsatzzeiten im Kanton Luzern. Herzlichen Dank für diese Transparenz. Die Transparenz ist ein Verdienst von Hella Schniders Nachfragen in der Kommission und im Rat. Wir haben Vertrauen in den Prozess aber wir sehen auch, dass es eine aktive Aufsichtsfunktion unseres Parlaments respektive der JSK braucht, da es ein grosses und ein heikles Projekt ist und es eine Ressourcenfrage ist, die schlussendlich unser Parlament verantwortet. In der JSK sind wir uns dessen bewusst, auch dank Hella Schnider. Es ist schade, dass sie künftig nicht mehr der JSK angehört, um das Projekt in den nächsten Jahren zu begleiten. Die JSK und auch unser Parlament haben genügend Instrumente, um diese Aufsichtsfunktion wahrzunehmen, beispielsweise den Jahresbericht oder das Budget. Falls nötig, können wir auch weitere Vorstösse lancieren. Fürs Erste haben wir aber gesehen, wo wir stehen. Wir sehen keine Notwendigkeit einer teilweisen

Erheblicherklärung. Wenn man eine Beschleunigung will, muss dies über das Budget im Herbst mit der Einstellung von mehr Ressourcen erfolgen, um damit die Dienstleistungen der Polizei zusätzlich und schneller zu optimieren. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab.

Philipp Bucher: Aus Sicht der FDP-Fraktion haben das Stationierungskonzept und in diesem Zusammenhang die Schliessung von Polizeiposten ein hohes politisches Gewicht. Die Bevölkerung beschäftigt das Thema, insbesondere auch in den Regionen Entlebuch und Willisau. Dass der Polizist vor Ort beziehungsweise der Posten im Dorf nicht die absolute Garantie zur Sicherheit ist, wurde mehrfach erwähnt. Dennoch sind wir der Ansicht, dass eine Unterbrechung der Umsetzung des Stationierungskonzeptes, wie mit dem vorliegenden Postulat verlangt, nicht sachdienlich ist und keinen Mehrwert bringt, weil es die Organisationsentwicklung stark verzögert. In Ihrer Stellungnahme zeigt die Regierung auf, dass bei der Umsetzung des Stationierungskonzeptes in Entlebuch auch zusätzliche Massnahmen umgesetzt wurden. So wurden die Öffnungszeiten des weiterhin bestehenden Postens in Sörenberg ausgedehnt. Oder in einem Pilotversuch wurden öffentliche polizeiliche Sprechstunden angeboten. Dies wird auf Wunsch der Gemeinden getan, damit die Anliegen der Gemeinden und somit der Bevölkerung ernst genommen werden. Das Ergebnis dieses Pilotversuchs darf man mit grossem Interesse erwarten. Es ist auch erkennbar, dass die Erwartungen an das Community Policing gross sind. Diese Erwartungen zu erfüllen stellt aus unserer Sicht eine grosse Herausforderung dar, gerade im ländlichen Raum. Das Referenzmass ist die Tatsache, dass man in den Dörfern und Gemeinden oft die Polizeibeamten kennt und deshalb auch eine gewisse Kundennähe zwischen Bevölkerung und Polizei besteht. Aber auch uns ist klar, dass die Zeit des Dorfpolizisten wohl endgültig der Vergangenheit angehört. Es ist positiv zu werten, dass die Bestandeserhöhung auf Kurs ist, die Patrouillendichte ausgebaut wird und sich die Interventionszeiten reduziert haben. Wir nehmen mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis, dass das Stationierungskonzept auch während der Umsetzung laufend überprüft wird. Aus diesem Grund geht die FDP-Fraktion mit der Regierung einig, dass das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen ist. Wir werden die weitere Entwicklung jedoch mit Interesse beobachten.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Es wurde mehrfach erwähnt, dass der Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei im 2022 von Ihrem Rat verabschiedet wurde. Seither arbeitet die Luzerner Polizei mit Hochdruck an dessen Umsetzung. Die Umsetzung erfolgt – so wie es stets vorgesehen war – schrittweise, aber auch unter Einbezug der Gemeinden. Es ist klar, dass diese Umsetzung Jahre dauert und wir deshalb ständig überprüfen, wo wir stehen und welche Massnahmen ergriffen werden müssen, damit wir die Ziele erreichen. Ursula Berset hat das ebenfalls ausgeführt. Wir haben mit der Umsetzung der getroffenen Begleitmassnahmen begonnen – Philipp Bucher hat es erwähnt. Als erste Region haben wir im Entlebuch mit der bürgernahen Polizei begonnen und konnten fast 1500 Stunden ausweisen, die für den Austausch mit Behörden, Vereinen, Schulen, dem Gewerbe und der Bevölkerung genutzt wurden. Das ist fünf Mal mehr als vor den Postenschliessungen. In der Region Entlebuch hatten wir die Nachdienstpatrouille eingeführt, mussten sie aber zeitweise infolge personeller Engpässe einstellen beziehungsweise mit der Region Willisau teilen. Darüber haben wir Ihren Rat in der Januar-Session im Rahmen der Anfrage von Hella Schnider informiert. Seit November 2024 können wir jedoch einen durchgehenden Einsatz sicherstellen. Ich bin aber froh um die kritische Nachfrage von Hella Schnider. Das Patrouillenkonzept der Luzerner Polizei ist regionenübergreifend organisiert und wird zentral koordiniert – mit dem Ziel, überall im Kanton schnelle Reaktionszeiten sicherzustellen. Das ist anspruchsvoll. Wir sind ein grosser Kanton mit ländlichen Regionen. Wir sind bestrebt, sehr

schnell zu sein. Letztes Jahr konnten wir eine durchschnittliche Interventionszeit von 10 Minuten erreichen, das ist auch im Jahresbericht aufgeführt. Es ist aber klar, dass es in gewissen ländlichen Regionen längere Anfahrtszeiten gibt. Wir sind aber bestrebt, auch diesen Wert zu verbessern. Auch in den weiteren Regionen, wo gewisse Postenzusammenführungen anstehen – etwa in Willisau, Ebikon, Hochdorf – laufen konkrete Projekte, Umzüge, Kündigungen von Liegenschaften oder Neustrukturierungen. Die Polizei steht dabei in engem Austausch mit den Gemeinden und nimmt deren Bedürfnisse ernst. Ich nehme an diesen Gesprächen mit den Gemeinden ab und zu teil. Hella Schnider fordert mit der teilweise Erheblicherklärung des Postulats, an den Anreizen wie beispielsweise Zulagen zu arbeiten. 2025 wurde die Besoldungsverordnung für das Staatspersonal geändert. Dabei wurden die Nacht- und Sonntagszulagen sowie die Spesen erhöht. Das wurde also bereits getan. Diese Besoldungsverordnung wurde seit 20 Jahren nicht mehr angepasst. Gerade, weil beim Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) viele Betriebe wie der Justizvollzug oder die Polizei mit einem 24-Stunden-Betrieb angegliedert sind, hatte die Regierung entschieden, diese Besoldungsverordnung mit neuen Zulagen anzupassen, die nur spezifisch für die Polizei gelten. Ich bin nicht der Meinung, dass wir nun spezifisch für eine Berufsgruppe Erhöhungen vorsehen, denn alle Mitarbeitenden des Kantons sind genau gleich wichtig. Ich kann Ihnen also nicht versichern, dass wir eine erneute Erhöhung vornehmen, das kann ich nicht entgegennehmen. Die halbjährliche Information in der JSK ist hingegen sichergestellt mit dem AFP und dem Jahresbericht, wo wir jede Dienststelle durchgehen. In der JSK können Sie jederzeit detailliertere Fragen stellen, der Kommandant wie auch andere Dienststellenleitende sind jeweils anwesend. Sie können jederzeit Traktanden wünschen und Fragen einreichen. Deshalb sehe ich keine Notwendigkeit, das Postulat teilweise entgegenzunehmen. Wir sind offen, um in der JSK zu diskutieren. Wir sind der Meinung, dass wir mit der oe2030 gut unterwegs sind. Es ist aber auch klar, dass es sich um einen Planungsbericht über acht Jahre handelt. Es dauert zwei Jahre, bis Polizistinnen und Polizisten ausgebildet sind. Deshalb braucht es auch Zeit und Geduld und ein genaues Hinsehen. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 74 zu 28 Stimmen ab.